

DEUTSCHLAND

Terror-Anschlag zum 11. September verhindert

BERLIN. Die im September im Saureland festgenommenen mutmaßlichen Terroristen haben nach einem „Focus“-Bericht einen Anschlag zum sechsten Jahrestag des 11. September 2001 geplant. Aus einem abgehörten Gespräch wurde deutlich, dass die USA und Deutschland wegen des Engagements in Afghanistan bestraft werden sollten.

Rolle der RAF-Anwälte

KARLSRUHE. Die Rolle der Rechtsanwälte von RAF-Terroristen in den 1970er Jahren muss nach den Worten des früheren Generalbundesanwalts Kay Nehm historisch aufgearbeitet werden. „Historiker wagen sich nicht ran, weil Leute, die heute das politische Geschehen bestimmen, solche Dinge unterdrücken“, sagte Nehm gestern in Karlsruhe.

EUROPA

Papst spricht spanische Märtyrer selig

ROM. Papst Benedikt XVI. würdigte beim Angelusgebet in Rom das Zeugnis der 500 selig gesprochenen Männer und Frauen als Zeichen für höchste Opferbereitschaft während des spanischen Bürgerkriegs (1936-1939). Kritisiert wurde, dass nur Opfer republikanischer Kämpfer unter den gewürdigten Glaubenszeugen seien.

Flüchtlinge ertrunken

ROM. Bei zwei Flüchtlingstragödien in Süditalien sind mindestens 14 Menschen ums Leben gekommen. Zahlreiche Immigranten werden vermisst. Vor der kalabrischen Küste ertranken sieben Einwanderer, vor Sizilien wurden sieben Immigranten tot geborgen. Unglücksursache war stürmische See.

WELT

„Möglichen Angriff auf Syrien aufklären“

WASHINGTON. Der Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde, Mohammed el Baradei, hat Aufklärung über einen möglichen israelischen Luftangriff in Syrien Anfang September gefordert. Bisher hätten weder Israel noch die USA Beweise dafür vorgelegt, dass es sich bei dem Ziel um eine geheime Atomanlage gehandelt habe.

Bhutto besucht Heimatort



ISLAMABAD. Die frühere pakistanische Regierungschefin Benazir Bhutto hat ihren Heimatort Garhi Khuda Baksh besucht. Mehr als 1500 Polizisten sicherten Bhutto ab. Tausende von Menschen säumten am Samstag die Straßen, um Bhutto zu begrüßen.

Neue Darfur-Gespräche

NAIROBI. Trotz der Abwesenheit der bedeutendsten Rebellengruppen haben am Wochenende neue Friedensgespräche für die westsudanische Krisenregion Darfur begonnen. Der Vermittler der Afrikanischen Union (AU), Salim Ahmed Salim, rief die Rebellen am Samstag auf, umgehend zu dem Treffen in Sirte (Libyen) zu kommen.

Redaktion: Thomas Parr

Thema des Tages Kurden-Konflikt

Die Türkei soll auf dem Verhandlungsweg ihren Konflikt mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK lösen. Darauf drängen die USA. Der Iran bietet sich als Friedensstifter an.

USA drängen auf friedliche Lösung im Kurden-Konflikt

Die Türkei hat ihren Truppenaufmarsch an der irakischen Grenze abgeschlossen

Von Friedemann Diederichs

WASHINGTON. Die Situation im Nordirak spitzt sich zu: Rund 100 000 Soldaten nebst Helikoptern und Panzern hat die Türkei Berichten zufolge an der Grenze für eine mögliche Großoffensive gegen kurdische PKK-Rebellen aufmarschieren lassen – eine explosive Entwicklung, die in Kürze eine neue blutige Front im Zweistromland eröffnen könnte.

Mit allen diplomatischen Mitteln versucht Washington derzeit, die Lage zu entschärfen – und zumindest bis zum 5. November Ankara zum Stillhalten zu bewegen. Denn an diesem Tag wird der türkische Premierminister Erdogan im Weißen Haus von US-Präsident George W.

Bush erwartet. Ein Treffen, das derzeit als „letzte Chance“ gesehen wird, einen massiven Waffengang

„Gegen terroristische Einsätze muss vorgegangen werden, aber diplomatisch“

Manuchehr Mottaki, Irans Außenminister

der Türken auf dem Landweg gegen die PKK abzuwenden. Zumal am Wochenende Gespräche zwischen türkischen und irakischen Vertretern – von denen Ankara Maßnahmen gegen die Kurdenrebellanten er-

wartet – zu der brisanten Problematik keine Fortschritte brachten. Zudem zeigen die Signale aus der Türkei wachsende Ungeduld.

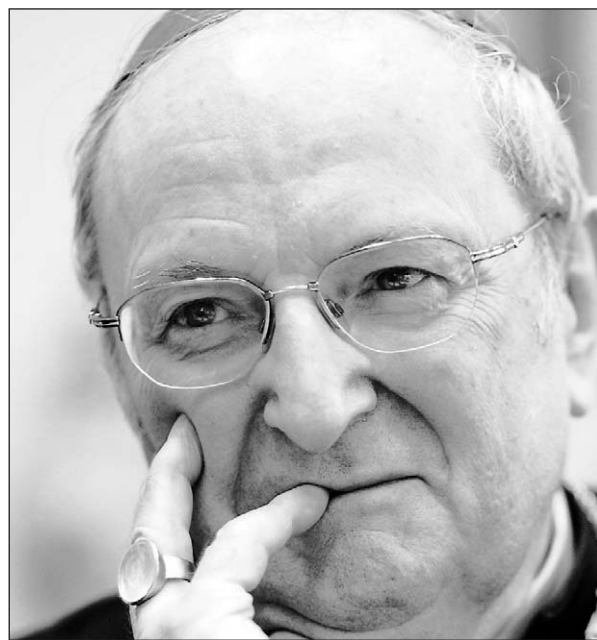
Auch der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat die Türkei zu Verhandlungen mit der kurdischen Arbeiterpartei PKK aufgefordert.

Der US-Regierung ist gleich aus mehreren Gründen an einer friedlichen Lösung des Konflikts gelegen. Vor allem fürchtet man, dass eine türkische Offensive die relativ ruhige „Nordfront“ destabilisieren wird – möglicherweise mit Folgewirkungen für das ganze Land.

Die Zahl der in jüngster Zeit bei Kämpfen zwischen türkischen Soldaten und der PKK getöteten Menschen stieg am Wochenende auf 79.



Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck (links) hat den Kölner Kardinal Joachim Meisner (rechts) als „Hassprediger“ bezeichnet.



Archiv-Fotos: dpa

Grünen-Politiker: Kardinal ist Hassprediger

Volker Beck greift Kardinal Meisner an – Erzbischof prüft rechtliche Schritte

BERLIN. Im heftigen Schlagabtausch zwischen prominenten Grünen-Politikern und katholischen Würdenträgern ist kein Ende in Sicht. Zuletzt bezeichnete der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck den Kölner Kardinal Joachim Meisner als „Hassprediger“, wie das Magazin „Der Spiegel“ berichtet.

Volker Beck reagierte damit auf eine Äußerung Meisners zum angeblichen Sittenverfall und zum „Triebbündel“ Mensch, das sein Schöpfungsgedächtnis verloren

habe. Das Erzbistum prüft rechtliche Schritte gegen den Parlamentarischen Geschäftsführer der Grünen im Bundestag.

Katholische CDU- und FDP-Politiker aus Meisners Diözese äußerten sich empört über Beck.

In einer Predigt im schweizerischen Einsiedeln hatte Meisner dem Bericht zufolge Anfang Oktober mit Blick auf legalisierte eheähnliche Gemeinschaften formuliert: Die „sogenannten alternativen Modelle menschlichen sexuellen Zusammenlebens sind aber un-

wahr, und darum für den Menschen im Kern verderblich. Die Menschheit richtet sich hier selbst zugrunde.“

Der bekennende Homosexuelle Beck sagte dazu: „Kardinal Meisner betätigt sich einmal mehr als selbstgerechter Hassprediger, denn er spricht ganzen Gruppen von Menschen die Existenzberechtigung ab.“

Beck stellte später klar: „Nichts liegt mir ferner, als Herrn Meisner in die Nähe von Terroristen zu rücken.“

„Vertreibung noch nicht bewältigt“

Weiter Streit um ein Vertriebenenzentrum: Mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jochen-Konrad-Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel), der auch die Gruppe der Vertriebenen in der Unionsfraktion leitet, sprach Christian Kerl.



Unter der Kuppel
Unsere Vertreter in Berlin

Herr Fromme, die Koalition hat sich auf ein Konzept zur Dokumentation der Vertreibung geeinigt. Was ist geplant – und warum?

Geklärt ist, dass es ein Ausstellungs- und Dokumentationszentrum zur Vertreibung im Deutschlandhaus Berlin geben soll, mit Forschung und Begegnungen. Es wird Mahnung an junge Leute sein, Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit stets zu verteidigen. Die Deutschen haben den Teil der Vergangenheit noch nicht richtig bewältigt. Das zeigt das Echo auf entsprechende Fernsehserien. Aber die Vertriebenen haben unsere Geschichte sehr beeinflusst; sie haben die Gesellschaft geprägt, ohne sie hätte es den Aufschwung nach dem Krieg so nicht gegeben.



Jochen-Konrad-Fromme (CDU).
Archivfoto

Aber die Vertriebenen haben unsere Geschichte sehr beeinflusst; sie haben die Gesellschaft geprägt, ohne sie hätte es den Aufschwung nach dem Krieg so nicht gegeben.

Am Ausstellungsplan gibt es aber Kritik aus Polen und Tschechien...

Wichtig ist, nicht das deutsche Problem allein darzustellen – es wird in einen Zusammenhang mit Vertreibung weltweit gestellt und gezeigt, dass dies kein Phänomen nur der Vergangenheit ist. Natürlich müssen wir uns beobachten lassen, dass es nicht zu einer verzerrenden Darstellung kommt. Aber wir können das Zentrum nicht von der Zustimmung Dritter abhängig machen. Leider versuchen Kritiker bei uns, ein negatives Echo in Polen zu erzeugen.

Wen meinen Sie?

Der SPD-Politiker Thierse etwa versucht, die Polen durch öffentliche Äußerungen zu einer Ablehnung zu provozieren. Das ist eine doppelböde Strategie.

Erst wollte die SPD in der Koalitionsvereinbarung den Titel „Zentrum gegen Vertreibung“ nicht akzeptieren, deshalb ist von „Sichtbarem Zeichen“ die Rede. Jetzt sieht sie sich aus Koalitionsgründen genötigt mitzumachen, sucht aber Möglichkeiten, es zu unterlaufen.

Das zeigt auch die Debatte, wie der Bund der Vertriebenen einbezogen wird. Dass er als Verband der Hauptbetroffenen beteiligt wird, ist doch keine Frage. Es wäre auch niemand auf die Idee gekommen, das Holocaust-Denkmal ohne den Zentralrat der Juden zu bauen.

BND verliert eine komplette Führungsebene

Der Bundesnachrichtendienst wird neu organisiert – Obmann: Geheimdienst muss stärker kontrolliert werden

BERLIN. Der zuletzt wegen Bespitzelung von Journalisten unter Druck geratene Bundesnachrichtendienst (BND) wird grundlegend reformiert. Die Behörde mit 6000 Mitarbeitern soll von 2009 an eine völlig neue Struktur bekommen. Die bisher strikt getrennten Abteilungen für die Beschaffung und die Auswertung von Nachrichten werden zusammengelegt.

Es handele sich nicht um eine Zerschlagung von Kernbereichen, sondern um eine „Modernisierung aus der Mitte des Dienstes heraus“, sagte der Sprecher des Bundesnachrichtendienstes, Stefan Borchert, gestern in Berlin.

Schlagzeilen machte der BND mit seiner Beteiligung an einem Plutonium-Schmuggel zwischen Moskau und München oder dem undurchsichtigen Einsatz von Agenten während des Irak-Krieges. Ende 2005 kam heraus, dass der BND im Inland mehrere Journalisten ausforschte, um undichte Stellen im eigenen Haus zu finden.

Der Steuerzahler soll durch die BND-Reform nicht belastet werden. Die Kosten sollen durch den Wegfall einer kompletten Führungsebene gedeckt werden.

Das Kanzleramt hat dem Vernehmen nach grünes Licht für die Reform gegeben und die zuständigen

Bundestagsabgeordneten bereits informiert. Der FDP-Obmann im BND-Untersuchungsausschuss des Bundestags, Max Stadler, forderte das Kanzleramt auf, den Geheimdienst künftig stärker zu kontrollieren.

Nach BND-Angaben will der Dienst stärker als Dienstleister am Sitz von Regierung und Parlament auftreten. Bis 2012 soll der Umzug nach Berlin abgeschlossen sein. In der Hauptstadt sollen etwa 4000 Beschäftigte arbeiten. Für den Neubau der BND-Zentrale sind 720 Millionen Euro veranschlagt. In Pullach bleibt die Fernmelde-Aufklärung mit rund 1500 Mitarbeitern.

FAKTEN

Der Bundesnachrichtendienst (BND) ist einer von drei deutschen Geheimdiensten neben Verfassungsschutz und Militärischem Abschirmdienst (MAD).

Gründung: Der BND wurde am 1. April 1956 gegründet und ist dem Bundeskanzleramt unterstellt.

Geschichte: Vorläufer des BND, der für die Auslandsaufklärung zuständig ist, war die „Organisation Gehlen“.

Beschäftigte: 6000 Mitarbeiter.

Standorte: Pullach und Berlin.

Budget: Über das BND-Budget gibt es keine genauen Angaben. Es wird auf jährlich rund 400 Millionen Euro geschätzt.